

So verändern wir die Welt

Politik und Praxis der SAV

Inhalt:

Der Wahnsinn hat Methode.....	2
Klassenkampf.....	4
Krise des Kapitalismus.....	5
Sozialismus ist Notwendigkeit ... aber was ist eigentlich Sozialismus?.....	8
Was ist Trozskismus?.....	10
Ist Sozialismus erreichbar?.....	12
Die Arbeiterbewegung neu aufbauen - sozialistisch, international und revolutionär.....	13
„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“.....	13
„Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus - kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau“.....	14
„Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus“.....	15
„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“.....	16
SAV und CWI.....	19
Mitmachen - wie und was?.....	23
Forderungen der SAV.....	24

„Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt“ (Erich Fried)

Der Wahnsinn hat Methode

Jeden Abend berichtet die Tageschau über Krisen, Kriege und Katastrophen. So mancher schaltet den Fernseher gar nicht mehr ein, weil man das Elend nicht mitansehen möchte. Wir können und wollen die Augen nicht verschließen. Wir wollen die Verhältnisse ändern!

Die Zeit drängt. Eskalation von Kriegen in der Ukraine, Syrien, dem Nahen und Mittleren Osten; sechzig Millionen Flüchtlinge weltweit; die Weltwirtschafts- und Euro-Krise nimmt kein Ende; die Klimakatastrophe schreitet voran; Armut und Prekarisierung nehmen zu; Rassismus, Unterdrückung und Diskriminierung sind überall alltägliche Phänomene.

Und in Deutschland? Auch hier fühlen sich die etablierten Parteien nur den Interessen der Banken und Konzerne verpflichtet. Mit der Agenda 2010 wurde die Bundesrepublik vor über zehn Jahren zur Vorreiterin der Zerschlagung von sozialen Sicherungssystemen. Seit-

dem konnten die Konzerne ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern und ihre Profite steigern - auf den Schultern von Beschäftigten, die immer mehr ausgepresst werden. Deutschland ist Niedriglohnland Nummer Zwei (nach Litauen) in der EU, daran ändert auch der völlig unzureichende und löchrige Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde nichts. 39 Prozent der Beschäftigten arbeiten in so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen - in Teilzeit, Leiharbeit, Minijobs etc. Und bei denen, die noch eine unbefristete und tariflich bezahlte Stelle haben, nimmt der Arbeitsstress immer weiter zu, die Kaufkraft aber kaum. Das Leben wird weniger lebenswert. Das gilt nicht zuletzt auch für Frauen, die weiterhin schlechter bezahlt werden als Männer und Opfer von geschlechtsspezifischer Diskriminierung sind.

Wir sind der festen Überzeugung: Es ist möglich, ein besseres Gesellschaftssystem zu erkämpfen. Soziale Ungleichheit, Armut, Kriege,

Diskriminierung erwachsen nicht aus der Natur des Menschen, sondern aus den handfesten Interessen bestimmter Gruppen von Menschen, während die Mehrheit daran kein Interesse hat und haben kann. Denn wir leben im Kapitalismus. Dieses System ist eine Klassengesellschaft. Es gibt die große Mehrheit, die in der Fabrik, im Büro oder Geschäft „arbeiten geht“, also ihre Arbeitskraft verkaufen muss und dafür Lohn und Gehalt bekommt - die Arbeiterklasse (darunter verstehen wir alle Lohnabhängigen, egal ob sie gerade einen Job haben oder nicht). Und es gibt eine kleine Minderheit, die die Arbeitskraft der Vielen kaufen kann und daraus eigenen Profit schlägt - die Klasse der Kapitalisten (diese wird auch „Bourgeoisie“ genannt, das französische Wort für „Bürgertum“ - bürgerliche Parteien vertreten also die Interessen der Kapitalistenklasse). Vor über 150 Jahren hat Karl Marx festgestellt, dass Armut bei gleichzeitigem Überfluss in der kapitalistischen Gesellschaft unvermeidlich ist. Viele sind heute auch in Deutschland arm oder von Armut bedroht. Aber auch diejenigen Lohnabhängigen, die nicht in Armut leben erhalten viel weniger in Lohn ausgezahlt, als den Wert, den sie mit ihrer Arbeit schaffen. Der Anteil der Löhne der abhängig Beschäftigten am gesamten Volkseinkommen ist heute auf einem historischen Tiefstand - die Schere zwischen den Reichen und dem Rest der Bevölkerung wird immer größer.

Dabei leben wir in einem sehr reichen Land. Aber der Reichtum konzentriert sich in wenigen Hän-



den. Und eine Steuerpolitik im Interesse der Reichen und Superreichen, der Banken und Konzerne hat den Staat arm gemacht. Deshalb kennen wir seit Jahren nur Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen, Gebührenerhöhungen, Schließung und Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Auch das macht das Leben weniger lebenswert.

Grenzenlose Möglichkeiten

Die technologischen Möglichkeiten sind vorhanden, um der Menschheit das Leben zu erleichtern, Krankheiten effektiv zu bekämpfen, Hunger für immer auszurotten. Die Automatisierung hat eine neue Qualität erreicht, Raumsonden werden bis zum Pluto geschickt, komplexe Computersysteme und Kommunikationsnetzwerke haben die Welt zu einem „kleinen“ Ort gemacht. Die Möglichkeiten der Menschheit scheinen grenzenlos. Aber diese Technologien werden kaum im Interesse von Mensch und Natur eingesetzt, sondern zumeist von kapitalistischen Konzernen für ihre Profitinteressen und von kapitalistischen Regierungen zur Aufrechterhaltung und Ausweitung ihrer Macht - nicht zuletzt im Bereich der Militärtechnik. Im Kapitalismus wird nicht für die Bedürfnisse der Menschen produziert und geforscht, sondern für den Profit der Kapitalistenklasse.

Für die Zustände auf dieser Welt, für die Politik von Parteien und Regierungen sind also die Macht- und Eigentumsverhältnisse entscheidend. Hinter jeder Entlassung, jedem Gesetz zur Kürzung von Sozialleistungen, jeder produzierten Bombe und jedem Liter in einen Fluss abgeleiteten toxischem Abwasser stecken Entscheidungen von bestimmten



Menschen oder Gruppen von Menschen. Ihre Entscheidungen basieren auf Interessen. Würde man die ArbeiterInnen fragen, würden sie sich gegen Entlassungen entscheiden. Sie haben daran kein Interesse. Würde man die Erwerbslosen und Kranken fragen, gäbe es statt Hartz IV eine auskömmliche Mindestsicherung und ausreichend Personal im Krankenhaus. Das wäre in ihrem Interesse. Würde man die Menschen in Afghanistan, Syrien und der Ukraine und die einfachen SoldatInnen fragen, würden sie sich gegen Krieg entscheiden. Sie haben daran kein Interesse.

Interesse an Entlassungen, Niedriglöhnen, Sozialkürzungen und Krieg haben nur wenige - die Reichen und Mächtigen. Um reich und

mächtig zu sein, braucht man Geld, viel Geld - Kapital. Reich und mächtig sind also die Kapitalbesitzer, die Eigentümer und Großaktionäre von Fabriken, Banken und Konzernen - und ihre Helfershelfer in den etablierten Parteien und Regierungen.

Die SAV kämpft dafür, dass die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiterklasse und sozial Benachteiligten, über die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bestimmen. Das würde aber eine grundlegende Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse nötig machen. Dies wird uns von den heute Besitzenden und Mächtigen nicht geschenkt werden, man kann sie auch nicht durch gute Argumente überzeugen. Das wird nur durch Kämpfe durchsetzbar sein.



Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...mir eine marxistische Analyse einen langen Atem in der täglichen Arbeit in der LINKEN und anderen Bereichen verschafft.“

Lucy Redler, Mitglied der SAV-Bundesleitung und im BundessprecherInnenrat der AKL

Klassenkampf

Der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse findet täglich und vielfältig statt. Immer geht es darum, welche Klasse einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum erhält und, ob demokratische Rechte durchgesetzt werden, die die Kontrolle der Herrschenden über die arbeitende Bevölkerung etwas lockern.

Konkret kämpfen ArbeiterInnen seit bestehen dieser Gesellschaftsordnung um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, soziale Sicherungssysteme, Arbeits- und Umweltschutzstandards, demokratische Rechte in Wirtschaft und im Staat. Das ist alltäglicher Klassenkampf.

breite Gegenbewegungen verhindert, haben sich die Lokführer durch ihre konsequenten Streiks bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erkämpft, wurden die Studiengebühren aufgrund massenhafter Studierendenproteste wieder abgeschafft. Aber viele Kämpfe gingen verloren, weil sie nicht stark genug waren, die Gewerkschaftsführungen faulen Kompromissen zugestimmt oder gar nicht erst den Kampf aufgenommen haben und die Herrschenden große Mittel (Geld, Medien, Polizei und Staat) zur Verfügung haben, die sie gegen Widerstandsbewegungen einsetzen können. Vor allem gilt aber: Jede erkämpfte Verbesserung kann im Rahmen des Kapi-

talistische Veränderung der Gesellschaft verbunden werden. Denn nur wenn die Gesellschaft insgesamt, einschließlich der Wirtschaft, im Interesse von Mensch und Natur organisiert wird und nicht mehr im Interesse des Profits einer kleinen Minderheit, können soziale Verbesserungen gesichert werden.

Insbesondere schlagen wir ein Programm vor, welches die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiterklasse für ein besseres Leben mit der Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung verbindet. Ein solches Programm nennen MarxistInnen Übergangsprogramm, weil es Schritte des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus aufzeigt. Am Ende dieser Broschüre finden sich unsere wichtigsten Forderungen. In ihrer Gesamtheit können diese nur erreicht und dauerhaft gesichert werden, wenn die Herrschaft des Kapitals, die profitgetriebene Wirtschaftsweise und Marktkonkurrenz beendet und durch eine sozialistische Demokratie ersetzt werden. Entscheidend ist dabei die Eigentumsfrage. Denn nur, wenn die Wirtschaft der ganzen Gesellschaft gehört, kann sie auch von der ganzen Gesellschaft kontrolliert und gestaltet und in ihrem Interesse eingesetzt werden. Eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft demokratisches Gemeineigentum ist und in der Staat und Verwaltung ebenso demokratisch aufgebaut sind, ist eine sozialistische Demokratie. Sie ist absolute Notwendigkeit, um den Untergang der menschlichen Zivilisation in Kriegen, Umweltzerstörung, Verrohung und Armut zu verhindern.



Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...der Kampf gegen Krieg und Militarismus nur mit einer sozialistischen Perspektive geführt werden kann.“

Heidrun Dittrich, ehemalige LINKE-Bundestagsabgeordnete und Vertrauensfrau bei der Stadt Hannover

Die SAV tritt dafür ein, so massenhaft, gut organisiert und konsequent wie möglich, für jede Reform (im Sinne von Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse) zu kämpfen. Viele Menschen haben das Gefühl, man könne eh nichts ändern. Das stimmt nicht. Immer wieder wird das Gegenteil bewiesen, wenn Menschen sich organisieren und gemeinsam handeln: demonstrieren, protestieren, streiken.

So wurden zum Beispiel in vielen Städten Privatisierungen durch

talismus früher oder später durch die Herrschenden wieder zur Disposition gestellt werden. Dies ist sogar wahrscheinlich, weil die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft die Herrschenden dazu treiben, den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung weiter zu beschneiden.

Deshalb trägt die SAV in alle Kämpfe und Bewegungen antikapitalistische und sozialistische Ideen und setzt sich dafür ein, dass diese Auseinandersetzungen mit dem Kampf für eine sozialis-

Krise des Kapitalismus

Die Kapitalisten und die Anhänger des kapitalistischen Systems behaupten, alle hätten etwas von der auf Profit ausgerichteten kapitalistischen Produktionsweise. Eine These lautet: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.“ Eine andere spricht vom „Trickle-Down-Effekt“ im Zusammenhang mit der kapitalistischen Globalisierung und Konzentration von Reichtum. Je mehr Reichtum sich an der Spitze der Gesellschaft sammelt, desto mehr kann nach unten „durchsickern“, so der Gedanke. Es gibt aber keine Belege dafür, dass diese Thesen der Wahrheit entsprechen. Im Gegenteil: Obwohl sie uralt sind, ist das Gegenteil eingetreten. Der Reichtum hat sich konzentriert, ohne dass Löhne und Gehälter entsprechend gestiegen oder sinnvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen worden wären. Stattdessen ist die Massenerwerbslosigkeit zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Gewinne flossen in die Taschen der Unternehmer, investiert wurde immer weniger in den Aufbau neuer Produktionsanlagen (die neue Werte schaffen könnten), stattdessen wird an den Finanzmärkten spekuliert und werden Milliarden gehortet. Warum? Der Kapitalismus ist nicht nur ungerecht. Er funktioniert auch nicht.

Krisen gehören zum Kapitalismus wie der Papst zum Vatikan. In der ersten Phase seines Bestehens waren die Krisen nur kurze Unterbrechungen einer allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung der Wirtschaft und Weiterentwicklung der gesamten Gesellschaft. Das ist spätestens seit dem frühen 20. Jahrhundert vorbei. In der ers-

ten Hälfte des letzten Jahrhunderts führten Krisen und Konkurrenzkampf zu zwei Weltkriegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es den so genannten Nachkriegsaufschwung, der aus sehr spezifischen Gründen eine Ausnahmesituation für den Kapitalismus darstellte. Seit der ersten Weltwirtschaftskrise nach diesem Boom, die sich von 1973 bis 1975 ereignete, ist das kapitalistische System wieder in eine „normale“ Entwicklung regelmäßig auftretender Wirtschaftskrisen eingetreten. Allerdings kann festgestellt werden: Die Krisen werden tendenziell stärker, die wirtschaftliche Erholung schwächer. Die Tendenz geht bergab.

Mit der so genannten Großen Rezession der Jahre 2007 bis 2009 ist der Kapitalismus weltweit in eine besonders tiefe Krise eingetreten. Diese hat weniger einen „nur“ konjunkturellen Charakter, sondern vielmehr einen strukturellen. Das bedeutet, dass sie weiter wirkt, auch wenn die reinen wirtschaftlichen Daten kurzzeitig den Eindruck erwecken, sie sei vorbei. In Wirklichkeit geht die Weltwirt-



schaft auf dünnem Eis, weil keiner der Krisenfaktoren behoben wurde und jederzeit ein neuer Crash möglich ist.

Die Krisen erwachsen aus dem System innewohnenden Widersprüchen und sind deren zwangsläufige Folge. Im Kapitalismus wird zwar gesellschaftlich produziert, das heißt an den Produktionsprozessen sind viele Menschen in unterschiedlichen Regionen beteiligt. Die Aneignung der produzierten Güter erfolgt aber privat. Nicht die ProduzentInnen erhalten ihr Ar-





Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...sich die SAV konsequent für Streikdemokratie und gegen faule Kompromisse mit den Arbeitgebern einsetzt.“

Julian Koll, Streikaktivist im Sozial- und Erziehungsdienst

Neoliberalismus ist Kapitalismus

Die neoliberale Globalisierung ist eine Folge dieser Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems, nicht ihre Ursache. Als der Nachkriegsaufschwung zu Ende ging, musste das Kapital auf seiner Jagd nach profitablen Anlagemöglichkeiten versuchen, alle Schranken einzureißen - Zollschranken, den so genannten Sozialstaat, Wirtschaftszweige in öffentlichem Eigentum. Also wurden die von der Arbeiterbewegung erkämpften Rechte angegriffen, um durch verschärfte Ausbeutung der Lohnabhängigen die Profitraten zu steigern.

Es wurde privatisiert, um Bereiche, die bis dato nicht der Kapitalverwertung ausgeliefert waren, in den kapitalistischen Markt zu integrieren. Und es wurde verstärkt an den Finanzmärkten investiert, weil das höhere Gewinne versprach, als Investitionen in Brücken, Krankenhäuser, Lebensmittel oder Medikamente.

Die Widersprüche des Kapitalismus wurden so nicht aufgehoben, sondern verschärft. Das hat sich in der Krise seit 2007 entladen. Aber die Krisenursachen wurden nicht behoben, sondern seit 2009 setzen die Herrschenden weiter dieselben Mittel ein, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, wie vorher: Verschuldung, Spekulation, Niedrigzinsen etc. Damit bereiten sie die nächste Krise nur vor.

Doch diese ist nicht durch eine andere Wirtschaftspolitik im Rahmen des kapitalistischen Systems zu verhindern, wie es manche Linke vorschlagen, die sich an den Wirtschaftstheorien von John Maynard Keynes orientieren und ein Zurück zu mehr staatlicher Regulation vor-

beitsprodukt selbst, sondern die Kapitalisten eignen es sich an. Das führt dazu, dass diese Güter nicht im gemeinschaftlichen Interesse eingesetzt werden, sondern im privaten Interesse der Kapitalisten. Dieses besteht darin, sie möglichst gewinnbringend zu verkaufen. Gewinn bzw. Profit ist die Antriebskraft der kapitalistischen Wirtschaft, nicht die Befriedigung von Bedürfnissen. Deshalb wird vor allem das hergestellt, was eine möglichst große Aussicht auf Profitzielung hat, zum Beispiel Waffen, und nicht, was die Menschheit besonders dringend braucht, zum Beispiel Medikamente. Oder es wird lieber gar nichts hergestellt, wenn nämlich keine Profite versprechenden Anlagemöglichkeiten existieren. Das ist eines der wesentlichen Phänomene seit dem Ende des Nachkriegsaufschwungs und eine Hauptursache der Krisen der letzten Jahrzehnte: die Anhäufung von Kapital, das keine profitablen Anlagemöglichkeiten findet.

Die einzelnen Konzerne und die Nationalstaaten, die ihre Interessen vertreten, stehen in Konkurrenz zueinander. Sie kämpfen mit allen Mitteln um Marktanteile, Zugang zu Rohstoffen und billigen Arbeitskräften. Das führt zu Ungleichgewichten, dem Aufbau von Überkapazitäten und Überproduktion, Verschuldung und Spekulationsblasen. Irgendwann platzen diese Blasen oder diese Widersprüche lösen aus anderen Gründen Krisen und wirtschaftliche Crashes aus. Zahlen müssen dafür aber im Kapitalismus nicht die Krisenverursacher, sondern die Masse der Bevölkerung. Das ist die Erfahrung der Weltwirtschafts- und Euro-Krise seit 2007. Milliarden schwere Rettungsprogramme für Banken wurden durch die Staaten, also durch das Geld der einfachen Bevölkerung, gezahlt, während Bankenmanager weiter Top-Boni einsacken und sich nicht für den Schaden, den sie angerichtet haben, verantworten mussten.



schlagen, ohne den Kapitalismus insgesamt in Frage zu stellen.

Solche Maßnahmen würden an den systemimmanenten Widersprüchen des Kapitalismus nichts ändern. Sie würden die Profite der Kapitalisten schmälern und alleine deswegen die Entwicklung von Wirtschaftskrisen nicht verhindern.

Auch die Europäische Union und der Euro funktionieren nicht im Interesse der Bevölkerung, sondern nur der Banken und Konzerne. Wir sind InternationalistInnen, aber EU und Euro vergrößern die nationale Spaltung anstatt sie zu überwinden. Wir sind der Meinung: Die Kritik an der EU der Banken und Konzerne darf nicht nationalistischen und rechtspopulistischen Kräften überlassen werden. Diese EU ist nicht im Sinne der ArbeiterInnen Europas zu reformieren. Alle Verträge der EU sind auf eine Verbesserung der Profitbedingungen für die Banken und Konzerne ausgerichtet. Diese EU kann nicht einfach durch andere politische Mehrheiten im Europaparlament oder durch die eine oder andere Veränderung in ihrer Verfasstheit im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung reformiert werden. Alle Verträge müssen zerrissen, alle Gremien und Institutionen aufgelöst werden, um die Voraussetzungen zu einer Vereinigung Europas im Interesse der Menschen zu schaffen. Die SAV tritt deshalb für eine freiwillige Vereinigung sozialistischer Staaten in Europa ein.

Viele Menschen lehnen die EU ab, weil sie eine undemokratische Struktur ist, auf die man noch weniger Einfluss nehmen kann, als auf die nationalen Regierungen. Das Gefühl, dass die Politiker und Wirtschaftsbosse machen, was sie wollen, ist zurecht weit verbreitet.



Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...Gesundheit keine Ware sein darf und niemand unsere Streiks so konsequent unterstützt hat, wie die SAV-Mitglieder.“

Stephan Gummert, Betriebsgruppenvorstand ver.di Charité (Funktionsangabe dient nur zur Kenntlichmachung der Person)

Viele denken, es würde ausreichen, demokratische Entscheidungsprozesse im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems auszuweiten. Oft werden Volksabstimmungen als Mittel dazu propagiert und es gibt immer mehr Volksbegehren von unten, die solche Volksabstimmungen durchsetzen wollen. Die SAV hat sich schon oft an solchen Volksbegehren beteiligt. Wir sind aber der Meinung, dass wirkliche Demokratie nicht bedeutet, zusätzlich zu den Parlamentswahlen ab und zu über Einzelfragen direkt entscheiden zu können. Dabei sind Volksabstimmungen auch ein zweischneidiges Schwert. Die Herrschenden sind besser ausgerüstet, um den Propagandakrieg vor einem solchen Referendum für sich zu entscheiden, denn sie ha-

ben Geld und Medien zu ihrer Verfügung. Auch können sie durch die Formulierung der Fragestellung Einfluss auf das Ergebnis nehmen. So ist zum Beispiel zu erklären, dass trotz einer riesigen Massenbewegung gegen das Bauprojekt Stuttgart 21, bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit dafür herauskam.

Wirkliche Demokratie bedarf direkter Einflussmöglichkeiten, jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit von VertreterInnen, das Verbot von Privilegien und vor allem eine Reduzierung der Arbeitszeit, damit möglichst viele Menschen die Zeit haben, sich in gesellschaftliche Debatten und Prozesse einzubringen.



Sozialismus ist Notwendigkeit... aber was ist eigentlich Sozialismus?

Die SAV ist davon überzeugt: Im Rahmen der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse werden die sozialen und ökologischen Probleme der Menschheit nicht gelöst werden können. Im Gegenteil: Die Herrschaft der Banken und Konzerne ist eine Bedrohung für die menschliche Zivilisation. Die von Rosa Luxemburg vor über einhundert Jahren formulierte historische Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ ist hochaktuell und wird sich möglicherweise für die heutige Menschheitsgeneration entscheiden müssen.

Es hat noch keinen Sozialismus auf der Welt gegeben. Nicht in der Sowjetunion, nicht in der DDR, nicht in China. Sozialismus bedeutet weltweit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und demokratische Kontrolle und Verwaltung der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung. Im Sozialismus gibt es keine repressiven Staatsapparate, er ist die freie Verbindung der Menschen ohne Zwang und Not.

Die Diktaturen der Parteibürokratien in den Staaten, die sich sozialistisch nannten, waren schlechte Karikaturen auf den Sozialismus. Es waren stalinistische Staaten - auch nach Stalins Tod. In der Sowjetunion, China und der DDR herrschte nicht die Arbeiterklasse, sondern sie wurde beherrscht - von einer Clique privilegierter Bürokraten in Partei und Staat. In einer wirklich sozialistischen Gesellschaft würde tatsächliche Demokratie herrschen. Das bedeutet nicht, dass die Menschen nur alle vier Jahre wählen dürfen, wer über sie regiert (und wer sie belügt und betrügt). Das bedeutet, dass auf allen Ebenen der Gesellschaft Strukturen direkter Demokratie geschaffen werden, die die Kontrolle und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen.

Dabei wird sich eine sozialistische Demokratie schon dadurch von der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie unterscheiden, dass in ihr die demokratischen Rechte nicht am

Betriebstor aufhören. Eine Demokratisierung der Wirtschaft setzt aber voraus, dass diese nicht im Privateigentum einer Minderheit ist, sondern der gesamten Gesellschaft gehört. Deshalb ist die Überführung der großen Banken, Konzerne und Versicherungen in öffentliches Eigentum eine notwendige Voraussetzung zur Entwicklung einer sozialistischen Demokratie.

Das bedeutet nicht, dass jegliches Privateigentum abgeschafft wird. Weder das eigene Auto noch der Fernseher und auch nicht das eigene Häuschen (für die, die es haben) würden enteignet. Etwas verlieren werden durch Sozialismus nur die superreichen Kapitalisten, Großaktionäre und Grundbesitzer. Auch selbständige HandwerkerInnen und kleine Gewerbetreibende würden von einer Überwindung des Kapitalismus profitieren, denn sie würden nicht mehr von den Großbanken ausgepresst und im Konkurrenzkampf zermahlen.

Sozialistische Demokratie

In einer sozialistischen Demokratie würden auf allen Ebenen VertreterInnen gewählt, die in der Wirtschaft, der Kommune, dem Bildungswesen etc. Leitungsaufgaben übernehmen. Diese VertreterInnen wären jederzeit wähl- und abwählbar. Dadurch wäre eine permanente Kontrolle und Interventionsmöglichkeit der Basis gewährleistet. Wenn die ArbeiterInnen im Betrieb, die BewohnerInnen des Stadtteils oder die Beschäftigten und Studierenden an der Hochschule zu der Erkenntnis gelangen, dass gewählte VertreterInnen ihre



Aufgabe schlecht erledigen, könnten sie diese jederzeit abwählen und durch andere Personen ersetzen.

Solche gewählten VertreterInnen würden - anders als im Kapitalismus und in den stalinistischen Staaten - keine finanziellen oder andere materiellen Privilegien erhalten, sondern nur einen Lohn entsprechend des Durchschnitts in der arbeitenden Bevölkerung bekommen. Die finanzielle Privilegierung von Bundestagsabgeordneten, aber auch von GewerkschaftsfunktionärInnen, führt dazu, dass sie „abheben“ und die Ängste und Nöte derjenigen Menschen, die sie eigentlich vertreten sollen, nicht mehr kennen.

Durch die Durchführung von regelmäßigen Vollversammlungen in Betrieben, Nachbarschaften und Bildungseinrichtungen und durch die demokratische Wahl von Komitees auf allen Ebenen, würde die Masse der Bevölkerung in die Diskussionen und Entscheidungsfindungen einbezogen. Ausgehend von den lokalen und betrieblichen Komitees würden Delegierte auf regionale, nationale und internationale Ebenen entsendet und könnten dort Leitungsgremien - Regierungen - bilden. Der russische Revolutionär Lenin hat einmal gesagt, dass jede Köchin Ministerpräsidentin werden können muss und sich für die Rotation von Ämtern ausgesprochen. Dies würde möglich, wenn durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit, durch ganztägige Kinderbetreuung und einen massiven Ausbau des Bildungswesens alle Menschen in die Lage versetzt werden, an Diskussionen und Entscheidungen teilzunehmen.

Auch einen von der Bevölkerung separierten und privilegierten

Staatsapparat (Polizei, Militär, Justiz) würde es nicht mehr geben. Polizei- und Justizaufgaben, so sie überhaupt noch nötig sind, würden ebenfalls von demokratisch gewählten Gerichten und Milizen übernommen.

Alles utopisch?

Kann das überhaupt funktionieren? Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass die Arbeiterklasse in der Lage ist, sich zu organisieren und ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Ob die Bildung der Räte in der deutschen Revolution 1918/19 oder der Aufbau von starken Gewerkschaften. Selbst das ehrenamtliche Engagement von Millionen bei der Flüchtlingshilfe, in Sportvereinen, Mietervereinigungen und anderen Vereinen ist ein Hinweis auf das Potenzial, das für eine Selbstverwaltung in der Bevölkerung besteht.

Kann eine Planwirtschaft funktionieren? Demokratische Planwirtschaft bedeutet zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen zu produzieren - und dabei den Erhalt der Umwelt als ein oberstes Bedürfnis zu verstehen. Es ist heute, im Zeitalter von Internet und Mobilfunk, ein leichtes, die Bedürfnisse der Menschen festzustellen. Tatsächlich wird im Kapitalismus ja auch geplant. Die großen Konzerne geben viel Geld für die Marktforschung aus, aber sie planen gegeneinander. Im Sozialismus wird Kooperation groß geschrieben und



Konkurrenz abgeschafft.

Aber es geht nicht nur darum sicher zu stellen, dass alle Menschen die Jeans bekommen, die sie sich wünschen und ausreichend verschiedene Käsesorten im Supermarktregal vorhanden sind. Nur in einer demokratischen Planwirtschaft könnten Forschung und Technologie auf die wichtigsten Bereiche für die Menschheit konzentriert werden: Rettung der Umwelt, Abschaffung des Hungers, Bekämpfung von Aids und anderen todbringenden Krankheiten und Seuchen. Durch eine Beendigung der Aufrüstung, durch das Einstellen der blödsinnigen Werbe- und Verpackungsindustrie, durch die Bereitstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse für alle, würden die Voraussetzungen geschaffen, viel mehr Geld und Wissen in diese Bereiche zu stecken.



Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...es ohne revolutionäre Organisation keine erfolgreiche Revolution geben wird.“

Kathi Doll, Sprecherin des BAK Revolutionäre Linke

Aber ist der Mensch nicht zu schlecht für den Sozialismus? Das ist das Lieblingsargument von denen, die nicht leugnen können, dass Sozialismus die bessere Gesellschaftsform wäre. Dann heißt es eben: Aber der Mensch ist von Natur aus gierig und es wird immer welche geben, die mehr Geld, Macht und Einfluss haben wollen als die Mehrheit.

Aufgrund der Erfahrungen in der Sowjetunion und DDR scheint es eine historische Bestätigung dieser These zu geben. Aber: Der Mensch ist vor allem ein soziales Wesen. Nur durch Kooperation konnte sich die Menschheit überhaupt so weit entwickeln. Gleichzeitig wird das Denken und Bewusstsein von Menschen durch die Verhältnisse bestimmt, in denen sie leben müssen. Die kapitalistische Konkurrenz führt zwangsläufig dazu, dass Konkurrenzdenken gefördert wird. Aber die Erfahrung, dass man gemeinsam kämpfen muss, um zum Beispiel eine Lohnerhöhung durch-

zusetzen, führt zu gegenteiligen - solidarischen - Schlussfolgerungen im Denken. Letztlich sind im Menschen egoistische und solidarische Eigenschaften vorhanden. Welche sich durchsetzen, hängt von vielen Faktoren ab, vor allem aber von der eigenen Lebenssituation und der Erkenntnis, wie diese zu verbessern ist. Ein „gesunder Egoismus“ von ArbeiterInnen kann ja gerade zum gemeinsamen Kampf für die gemeinsamen Interessen - gegen die Interessen der Kapitalisten - führen. Erfahrungen mit solchen Kämpfen und auch das Eingreifen von SozialistInnen können eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines solidarischen Bewusstseins bilden. Und wenn das gelingt, ist der Mensch auch nicht zu schlecht für den Sozialismus.

Der Stalinismus

Aber haben Sowjetunion und DDR nicht bewiesen, dass Sozialismus nicht funktioniert? Die Er-

fahrungen in den Ländern, die sich sozialistisch nannten, zeigen nur, dass Sozialismus Demokratie braucht und dass er auf Dauer nur weltweit funktionieren kann.

Mit der Oktoberrevolution 1917 machte die Arbeiterklasse in Russland den Versuch, Kapitalismus zu überwinden und den Weg zum Sozialismus einzuschlagen. In der ersten Phase nach der Revolution war der neue sowjetische Arbeiterstaat die demokratischste Gesellschaft, die es bisher in der Menschheitsgeschichte gab. Aber die russische Arbeiterklasse geriet unter starken Druck. Die russischen Kapitalisten und ihre Freunde in den imperialistischen Staaten zwangen dem jungen Staat einen Bürgerkrieg auf, der Wirtschaft und Gesellschaft noch weiter zurück fallen ließ, als dies durch den Ersten Weltkrieg ohnehin schon geschehen war. Viele der politisch bewussten Arbeiter fielen im Bürgerkrieg, die Wirtschaft wurde zerstört, Hungersnöte brachen aus.

Was ist Trotzismus?

Trotzkismus ist moderner Marxismus. Trotzki führte den Kampf gegen die Stalinisierung der Sowjetunion und für Freiheit der Kritik und demokratische Rätestrukturen in der Gesellschaft. Er kritisierte die Entwicklung hin zur Diktatur unter Stalin und musste dafür 1940 selber mit dem Leben bezahlen, als er von einem stalinistischen Agenten ermordet wurde.

Doch Trotzki war nicht nur Kritiker des Stalinismus. Er entwickelte die marxistische Theorie und Politik entscheidend weiter. Seine Theorie der "Permanenten Revolution" gibt eine Antwort darauf, wie Länder mit halbfeudalen Strukturen, wie Russland 1917 und große Teile Lateinamerikas, Afrikas und Asiens heute, ihre Rückständigkeit überwinden können.

Ende der 20er Jahre war er der erste, der die Gefahr der Nazis erkannte und für eine Arbeiterfront aus Kommunistischer Partei und Sozialdemokratischer Partei argumentierte, um die Machtergreifung Hitlers zu verhindern.

Nachdem die Kommunistische Internationale aufgehört hatte, ein Instrument für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu sein, gründete Trotzki mit seinen weltweiten UnterstützerInnen die Vierte Internationale als neue weltweite sozialistische Kampforganisation. In dieser Tradition steht die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale.

Heute ist der Trotzismus die Strömung in der Linken, die sich konsequent für eine Strategie zur Überwindung des Kapitalismus einsetzt, die für eine internationale unabhängige Organisation der Arbeiterklasse kämpft und die den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung voran treibt.

Hinzu kam, dass das Kultur- und Bildungsniveau in dieser landwirtschaftlich geprägten Gesellschaft ohnehin sehr niedrig war. Die Bedingungen für die Arbeiterklasse eine demokratische Kontrolle und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen, waren denkbar schlecht. Der neue Staat musste viele Beamte und Leitungsfunktionäre aus der alten zaristischen Gesellschaft übernehmen - und musste sie zum Teil durch höhere Gehälter für ihre Dienste an der neuen Gesellschaft bestechen. Dessen waren sich die wichtigsten Führer der Russischen Revolution, Lenin und Trotzki, sehr bewusst. Deshalb betonten sie unermüdlich, dass die Arbeitermacht in Russland nur überleben können, wenn sie durch siegreiche sozialistische Revolutionen in Europa Unterstützung finden würde. Dies blieb aus. Die Revolutionen in Deutschland, Ungarn, Italien endeten in Niederlagen für die Arbeiterklasse. Sowjet-Russland blieb isoliert und geschwächt.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich in Russland eine privilegierte bürokratische Elite aus dem Funktionärsapparat der führenden bolschewistischen Partei und des Staates. Stalin wurde zur Personifizierung dieser Bürokratie, aber auch nach seinem Tod änderte sich nichts an den grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen in diesen Staaten. Diese Bürokratie wirkte wie ein Krebsgeschwür in der Planwirtschaft. Jegliche demokratischen Debatten, Wahlen und Entscheidungsfindungen wurden durch sie unterbunden. Ein von Korruption und Konservatismus geprägter Staatsapparat entstand, der sich immer mehr im Widerspruch zur Masse der Bevölkerung befand.



Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...Wohnen ein Grundrecht ist und es keine Profite mit der Miete geben darf.“

Ursel Beck, Vorstandsmitglied einer Stadtteil-Mieterinitiative in Stuttgart

Planwirtschaft führte zu Fortschritt

Gleichzeitig blieb der Kapitalismus bis 1989/90 abgeschafft und wurde die Wirtschaft nicht durch Konkurrenzkampf und Profitlogik dominiert. Dies führte dazu, dass die Sowjetunion eine beachtliche wirtschaftliche Entwicklung erreichte und die sozialen Grundbedürfnisse der Menschen in den stalinistischen Staaten gesichert werden konnten. „Ellenbogendenken“ durchzog nicht das gesamte gesellschaftliche Leben und es gab keine Angst vor Arbeitslosigkeit und Verarmung. In diesem Sinne hat sich die Überlegenheit einer Planwirtschaft, wenn auch in verzerrter Form, in den stalinistischen Staaten gezeigt. Verzerrt, weil dies aufgrund der bürokratischen und diktatorischen Struktur der Gesellschaft nur mit großen Opfern möglich war: indem zum Beispiel Zwang bei der Kollektivierung der Landwirtschaft angewendet wurde, ökologische Nachhaltigkeit bei der Ausrichtung der Wirtschaft keine Rolle spielte und Arbeitsbedingungen oft gesundheitsschädlich waren. Im negativen Sinne auch seit dem Zusammenbruch dieser Staaten: Denn außer Reisefreiheit (die viele nicht nutzen können, weil ihnen das nötige Kleingeld fehlt), Coca-Cola, Internet und anderen Konsumgütern, hat die Wiedereinführung des Kapitalismus in diesen Staaten auch Massenarbeitslosigkeit, Armut, soziale Unsicherheit, Prostitution gebracht.

Die SAV ist und ihre Vorgängerorganisation Voran war eine kompromisslose Gegnerin des Stalinismus. Wir stehen in der Tradition von Leo Trotzki und der von ihm gegründeten Linken Opposition und Vierten Internationale, die den Kampf für eine Arbeiterdemokratie auf Basis der verstaatlichten Planwirtschaft in der Sowjetunion seit Mitte der 20er Jahre führten.

Ein Ein-Parteien-Regime und Funktionärsprivilegien waren niemals die Ziele wirklicher SozialistInnen und werden von der SAV nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit dem Stalinismus grundsätzlich abgelehnt.



Ist Sozialismus erreichbar?

Eine Gesellschaft, die von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert und verwaltet wird, kann nur durch die Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden.

Die Arbeiterklasse ist die Kraft in der Gesellschaft, die die Möglichkeit hat, den Kapitalismus zu stürzen und eine andere Gesellschaft zu organisieren. Warum? Weil sie die entscheidende Stellung im Produktionsprozess, in der Wirtschaft hat. Sie kann die Kapitalisten durch Streiks nicht nur da treffen, wo es ihnen weh tut - beim Profit. Sie kann auch die ganze Wirtschaft aus den Händen der Privateigentümer in die eigenen Hände übernehmen - durch Betriebsbesetzungen und den Aufbau von Belegschaftskomitees. Denn es geht um mehr als nur einen Regierungswechsel auf der Basis unveränderter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Der Kapitalismus kann nur überwunden werden durch die bewuss-

te Aktion der Arbeiterklasse. Streiks, Generalstreiks, Betriebsbesetzungen, Aufstände sind nötig, um die Macht der Banken und Konzerne zu brechen und die ersten Schritte zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gehen. Ohne Revolution wird das nichts. Revolution bedeutet die bewusste Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse durch die Mehrheit der Bevölkerung. Revolutionen werden nicht von Organisationen und Parteien gemacht, sie sind Ergebnis der gesellschaftlichen Widersprüche und werden von den Massen selber begonnen. Aber eine Revolution braucht ein Programm, eine Organisation und eine Führung, um erfolgreich zu sein. Deshalb ist der Aufbau einer starken marxistischen Organisation nötig.

Organisation nötig

Heute hat die Arbeiterklasse keine starken Organisationen, die konsequent ihre Interessen vertreten und

sich eine sozialistische Veränderung zum Ziel setzen. Auch in der Arbeiterklasse gibt es zwar viel Unzufriedenheit mit den Verhältnissen im Kapitalismus und auch wachsende Sympathien für sozialistische Ideen, aber es gibt kein ausgeprägtes sozialistisches Bewusstsein.

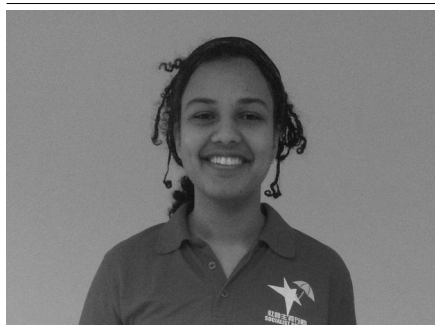
Und trotzdem finden täglich Kämpfe statt, in denen ArbeiterInnen, Erwerbslose, Jugendliche in einen Widerspruch zu den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen geraten. Ob Streiks gegen Betriebsschließungen oder für Lohnerhöhungen, ob Kampagnen gegen die Privatisierung von Wohnraum und Krankenhäusern, ob Bewegungen gegen Rassismus und Faschisten, ob Jugendproteste gegen Studiengebühren und Bildungsnotstand oder ob im Kampf gegen die Bankenrettungsprogramme und Kürzungspakete, die Griechenland von der EU auferlegt werden.

In den letzten Jahren haben wir



weltweit Massenbewegungen erlebt, die riesige Ausmaße angenommen haben: Die revolutionären Bewegungen in Nordafrika, die Gezi-Proteste in der Türkei, Indignados-Bewegung, Platzbesetzungen und Generalstreiks in Spanien und Griechenland, Massenproteste gegen Fahrpreiserhöhungen in Brasilien, Jugendbewegungen in Chile, Boykott von Wassergebühren in Irland ... In Deutschland hat es im Jahr 2015 eine bedeutende Zunahme von Streiks und von Demonstrationen gegen Rechts gegeben. Und auch hier werden wir in Zukunft ähnliche Massenbewegungen erleben. Warum wir uns da so sicher sind? Weil die von Entlassungen und Sozialabbau Betroffenen gar keine andere Wahl haben, als sich zur Wehr zu setzen.

Aber es bedarf einer starken Orga-



Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...weil die Wirtschaft die Interessen der Mehrheit verfolgen sollte.“

Aleks Setsumei, Sprecherin der Linksjugend [‘solid’]-Basisgruppe Aachen

nisation und der richtigen Ideen, um Kämpfe und Bewegungen zum Erfolg zu führen.

Hätte es in Ägypten zum Zeitpunkt des Massenaufstands gegen Mubarak eine starke, in den Betrieben und Nachbarschaften verankerte revolutionär-sozialistische Massenpartei gegeben, hätte der Sturz des Diktators zu wirklicher Demokratie und der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse führen können. Genauso gilt, dass in Griechenland in den letzten Jah-

ren eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft möglich gewesen wäre, wenn anstatt der angepassten und reformistischen Syriza-Führung, eine revolutionär-sozialistische Partei die Regierung gestellt hätte.

Deshalb bauen wir mit der SAV eine marxistische Organisation auf, die sozialistische Ideen in diese Kämpfe und Bewegungen hinein trägt. Damit Forderungen und Strategien entwickelt werden, die zum Erfolg führen.

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“

- Lenin -

Junge Menschen sind in Europa in besonderem Maß von der Krise betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt im Süden des Kontinents zum Teil bei bis zu fünfzig Prozent. In Deutschland leiden Kinder und Jugendliche schon in der Schule unter Stress und Leistungsdruck, müssen sich dann durch schlecht bezahlte Praktika quälen, landen in unsicheren Arbeitsverhältnissen.

Leider wissen viele Jugendliche gar nicht mehr, dass das nicht immer so war. Denn die Schwächung der Linken und der Arbeiterbewegung in den letzten 25 Jahren hat auch einen Traditions- und Wissensfaden gerissen. Trotzdem sind Jugendliche oftmals die ersten, die sich gegen ungerechte Verhältnisse zur Wehr setzen.

Für die SAV ist politische Aktivität unter Jugendlichen eine Priorität. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, diesen gerissenen Faden wieder zu verknoten und eine neue Generation für sozialistische Ideen zu gewinnen. Denn die SchülerInnen und Studierenden von heute sind die ArbeiterInnen von morgen.

Deshalb sind SAV-Mitglieder in Linksjugend [‘solid’] engagiert und beteiligen sich dort am Bundesarbeitskreis Revolutionäre Linke, der für eine internationalistische und sozialistische Politik im Jugendverband kämpft.

In der SAV kommen junge Mitglieder in Jugendtreffen zusammen und diskutieren selbständig über die Aktivitäten unter Jugendlichen. Ein bundesweiter Jugendausschuss koordiniert diese Arbeit. Aber: In der SAV kann auch das jüngste Mitglied auf gleicher Augenhöhe mit den älteren Mitgliedern diskutieren und mitentscheiden.

Die Arbeiterbewegung neu aufbauen - sozialistisch, international und revolutionär

Es gibt unendlich viele Gründe für ArbeiterInnen, Erwerbslose und Jugendliche, Widerstand zu leisten. Aber in den letzten zwei Jahrzehnten gab es in Deutschland viele kampflose Niederlagen und wenig Beispiele für erfolgreichen Widerstand. Die neoliberale Offensive der Kapitalisten und ihrer Regierungen konnte nicht gestoppt werden. Der Grund hierfür ist nicht, dass die Neoliberalen die besseren Argumente haben oder dass die Kapitalisten einfach stärker und mächtiger als die Arbeiterklasse sind. Der Grund ist, dass die Arbeiterklasse politisch und zunehmend auch organisatorisch entwaffnet wurde. Sie hat die Argumente und das Bewusstsein gegen die kapitalistische Logik „verloren“ bzw. sie sind ihr genommen worden. Und ihre Organisationen, mit denen Widerstand organisiert werden kann, sind geschwächt.

SPD für Kapitalismus

Wie konnte das geschehen? Vor 150 Jahren hat die Arbeiterklasse mit SPD und Gewerkschaften Organisationen aufgebaut, die zur Verteidigung ihrer Interessen und zum Kampf für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft dienen sollten. Doch SPD und Gewerkschaften sind nicht mehr das, was sie einmal waren.

Heute ist die SPD eine durch und

durch pro-kapitalistische Partei. Bis zum Ende der 1980er Jahre war die SPD eine Partei, die zwar seit ihrer Zustimmung zum Ersten Weltkrieg 1914 eine pro-kapitalistische Führung hatte, aber auch eine Massenbasis in der Arbeiterklasse. Heute sind die Ortsvereine entleert und bestehen aus RechtsanwältInnen, AkademikerInnen und Unternehmern. ArbeiterInnen und aktive Basis-GewerkschafterInnen verirren sich kaum noch zu SPD-Versammlungen. Die Arbeiterklasse sieht die SPD nicht mehr als „ihre“ Partei. Damit ist aber ein Vakuum auf der Linken entstanden. Denn trotz ihres begrenzten Programms und ihrer pro-kapitalistischen Führung war die SPD viele Jahrzehnte

„Ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus - ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau“

- Alexandra Kollontai -

Frauen sind im Kapitalismus doppelt unterdrückt: als Lohnabhängige und aufgrund der strukturellen Diskriminierung gegen Frauen. Der französische Frühsozialist Charles Fourier sagte zu Beginn des 19. Jahrhunderts einmal, dass sich der Fortschritt einer Gesellschaft nach der Stellung der Frau in ihr bemessen ließe. Auch wenn in vielen Bereichen Frauenrechte erkämpft wurden, so verdienen Frauen weiterhin durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer, sind mit sexualisierter Gewalt und Sexismus konfrontiert, müssen immer noch einen überdurchschnittlichen Anteil der Hausarbeit erledigen.

Der Kampf gegen Frauendiskriminierung und Sexismus, für wirkliche Gleichberechtigung und soziale Gleichheit der Geschlechter, ist ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten der SAV. Wir beteiligen uns an Kampagnen gegen sexistische Werbung, für das Recht auf Abtreibung und für die Aufwertung von frauendominierten Berufen.

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass Frauendiskriminierung ihre tiefere Ursache in der Existenz von Klassengesellschaften hat und die herrschende Klasse ein vielfältiges Interesse an der Aufrechterhaltung männerdominierter Gesellschaftsstrukturen hat. Nicht zuletzt, um die Arbeiterklasse zu spalten. Deshalb treten wir für einen gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen aus der Arbeiterklasse ein und dafür, den Kampf gegen Frauendiskriminierung mit dem Kampf gegen den Kapitalismus zu verbinden. Eine wirkliche Befreiung der Frau kann es nur in einer wirklich freien Gesellschaft geben.

eine Massenpartei, durch die die Arbeiterklasse versuchte, ihre Interessen politisch zum Ausdruck zu bringen. Die entstandene Leerstelle wurde nach der Vereinigung von BRD und DDR auch nicht durch die PDS gefüllt. Diese war aufgrund ihrer stalinistischen Vergangenheit und ihrer angepassten politischen Praxis in der Gegenwart nicht in der Lage, Menschen zu begeistern und zu gewinnen. Die SAV ist deshalb seit Mitte der neunziger Jahre für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei eingetreten. Damit meinten wir eine Partei, die GewerkschafterInnen, SozialistInnen, GlobalisierungskritikerInnen, Aktive aus sozialen Bewegungen etc. zusammen bringt und vor allem ArbeiterInnen und Jugendliche, die bisher nicht politisch aktiv waren, begeistern und organisieren sollte. Wir sind davon überzeugt, dass es heute sehr viele Menschen gibt, die sich einer solchen Partei anschließen würden, wenn sie durch eine kämpferische und glaubwürdige Praxis unter Beweis



stellen würde, dass sie sich von den etablierten Parteien grundsätzlich unterscheidet. Eine solche Arbeiterpartei wäre, auch wenn sie sich grundsätzlich für Sozialismus aussprechen würde, noch nicht die Art von revolutionär-sozialistischer Partei, die zur erfolgreichen Durchführung einer sozialistischen Veränderung nötig ist, aber sie wäre ein Schritt in Richtung der Bildung einer solchen Partei und würde ein

Forum bieten, die notwendigen Debatten über sozialistische Strategie und Taktik in der Arbeiterklasse zu führen.

WASG und DIE LINKE

Als 2004 die WASG gegründet wurde, sahen wir darin eine Chance, dass eine solche neue Partei entstehen kann und haben uns von Beginn an ihrem Aufbau beteiligt.

„Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus“

- Malcolm X -

Die SAV kämpft für die größtmögliche Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für bessere Lebensverhältnisse und Sozialismus. Dabei spielt der Kampf gegen Rassismus in all seinen Erscheinungsformen und gegen Rechtspopulisten und Nazis eine wichtige Rolle.

Wir setzen uns gegen antimuslimischen Rassismus genauso ein wie gegen Antisemitismus, mobilisieren gegen Pegida, AfD und NPD und schweigen nicht zum von CDU/CSU, SPD und Grünen zu verantwortenden staatlichen Rassismus.

Wir fordern gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen, die Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze für MigrantInnen und ein Bleiberecht für Alle.

Die Rassisten und Faschisten nutzen die sozialen Ängste von Teilen der Arbeiterklasse und Mittelschichten aus, um ihr Süppchen zu kochen. Deswegen tritt die SAV dafür ein, die sozialen Ursachen von Rassismus zu bekämpfen. Das bedeutet, dass der Kampf für bessere Lebensverhältnisse für Alle ein notwendiger Bestandteil des antirassistischen und antifaschistischen Kampfes sein muss. Letztlich gilt, was Malcolm X sagte: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus“. Deshalb ist der beste Antirassismus der gemeinsame Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Kapitalismus und für Sozialismus.



Wir sind dabei für eine sozialistische Ausrichtung, eine demokratische und offene Struktur und für eine kämpferische Praxis, die eine Priorität auf die Unterstützung und Organisation von Protesten und Streiks legt, eingetreten.

Die Vereinigung mit der PDS zur Partei DIE LINKE hat zwar eine zahlenmäßig größere Partei ge-

schaffen und wurde von vielen AktivistInnen begrüßt, weil dadurch in Ost- und Westdeutschland eine parlamentarisch vertretene Partei entstand, die sich gegen den Kapitalismus ausspricht. Sie hat aber auch dazu geführt, dass die neue Partei sehr viel bürokratischer funktioniert, weil sie sehr vom alten PDS-Apparat dominiert wird. Zudem hat sie wichtige Grundsätze der WASG

über Bord geworfen. Dies gilt vor allem für die entscheidende Frage der Regierungsbeteiligung in Koalitionen mit der SPD. Die grundsätzliche Opposition der WASG gegen Regierungsbeteiligungen, die zu Sozialabbau und Privatisierungen führen, war eine wichtige Lehre aus der Rechtsentwicklung von SPD und PDS. Die neue Partei hat in Landesregierungen in Berlin, Brandenburg und Thüringen und in vielen ostdeutschen Kommunen zusammen mit SPD und Grünen eine Politik umgesetzt, die die miesen kapitalistischen Verhältnisse verwaltet statt sie zu bekämpfen und oftmals Sozialkürzungen, Privatisierungen, Abschiebepolitik etc. verantwortet. Geht es nach dem rechten Flügel in der Partei soll eine solche Politik auch auf Bundesebene in einer rot-rot-grünen Koalition umgesetzt werden. Das würde das Ende der LINKEN als einer linken und antikapitalistischen Kraft bedeuten, die für die Arbeiterklasse, GewerkschafterInnen und soziale Bewegungen eine Hilfe ist.

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“

- Jean Jaurès -

Es gibt eine massive Zunahme von Kriegen und militärischen Konflikten auf der Welt. Das freut die Rüstungskonzerne in Deutschland und anderen Industriestaaten, die sich daran eine goldene Nase verdienen. Aber nicht nur aufgrund der Rolle dieser todbringenden Unternehmen sind Kriege eine direkte Folge des Kapitalismus. Denn in diesem System kämpfen Konzerne und die sie vertretenden Nationalstaaten um Absatzmärkte, Rohstoffe, sichere Transportwege und politischen Einfluss. Wenn dieser Kampf mit friedlichen Mitteln nicht gewonnen werden kann, wird zu Gewalt gegriffen. Das ist logische Folge des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Der französische Sozialist Jean Jaurès sagte treffend: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“

Der Kampf gegen den Krieg und gegen Aufrüstung ist ein zentraler Bestandteil sozialistischer Aktivität. Das beinhaltet auch den Kampf gegen Nationalismus - diesem stellen wir einen Internationalismus von unten entgegen. Denn die ArbeiterInnen und sozial Benachteiligten auf der Welt haben ein gemeinsames Interesse: Frieden und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Aber das ist die Partei heute (noch). Sie stellt, trotz ihrer programmatischen Begrenztheit und oftmals lahmen und weitgehend parlamentarischen Praxis, eine Bremse für die Durchsetzung arbeiterfeindlicher Politik durch die Bundesregierung dar. Sie ist - vor allem durch ihren linken Flügel und durch Abgeordnete, die zu diesem gehören - oftmals eine praktische Hilfe bei antifaschistischen Protesten, sozialen Bewegungen wie Blockupy und gewerkschaftlichen Kämpfen und Streiks wie im Sozial- und Erziehungsdienst oder an der Berliner Charité. Deutschland ohne DIE LINKE wäre in den letzten Jahren für die Arbeiterklasse und die Jugend ein noch schlechteres Land gewesen.

Und: DIE LINKE hat den Anspruch, den Kapitalismus durch Sozialismus zu ersetzen, formuliert und alleine dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Bewusstsein und politischer Debatte in der Arbeiterklasse Deutschlands geleistet.

An ihr orientieren sich Millionen ArbeiterInnen und Jugendliche politisch und sie stellt den größten politischen Raum für Debatten über sozialistische Politik und Perspektiven dar. Das alles nicht aufgrund der Politik ihrer Führung, sondern trotz dieser.

Deshalb sind SAV-Mitglieder auch in der LINKEN und der Linksjugend [solid] aktiv und setzen sich in der Partei für eine kämpferische Praxis, ein wirklich sozialistisches Programm und demokratische Strukturen ein. Wir sind Teil der innerparteilichen Strömung Antikapitalistische Linke (AKL) und dem Bundesarbeitskreis Revolutionäre Linke in Linksjugend [solid] und kämpfen mit diesen gegen eine Politik der Regierungsbeteiligung mit pro-kapitalistischen Parteien,



Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...ich eine Welt will, in der Jugendliche nicht schon in Schule, Studium und Ausbildung auf Konkurrenz gepolt werden.“

Sarah Moayari, Aktivistin der linksjugend [solid]-Gruppe Berlin-Kreuzkölln

weil diese zwangsläufig zum Verrat an linken und sozialistischen Positionen führt. Wir gehen davon aus, dass die Widersprüche in der Partei DIE LINKE zunehmen werden, wenn sich die kapitalistische Krise weiter entwickelt und/oder größere Klassenkämpfe und Bewegungen in Deutschland entstehen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es dann zu Entwicklungen kommen wird, wie wir sie bei Syriza im Sommer 2015 gesehen haben. Wir sind in jedem Fall davon überzeugt, dass es wichtig ist, in diese Prozesse und Auseinandersetzungen in der LINKEN marxistische Positionen zu tragen, weil Teile der heutigen LINKEN eine wichtige Quelle für die Schaffung einer wirklichen Arbeiterpartei in der Zukunft sein werden.

Wir beschränken unsere Aktivitäten aber nicht auf DIE LINKE und Linksjugend [solid], sondern sind unabhängig in sozialen Bewegungen, Bündnissen, auf der Straße und

in Betrieben und Gewerkschaften aktiv.

Betriebe und Gewerkschaften

Viele SAV-Mitglieder sind aktive GewerkschafterInnen und bauen in ihren Betrieben gewerkschaftliche Strukturen und Betriebs- bzw. Personalräte mit auf. Gleichzeitig halten wir die Politik der dominierenden Teile der Gewerkschaftsführungen für einen Ausverkauf der Interessen der Mitglieder. Seit Jahren dominiert in den Gewerkschaften das Co-Management, wurde der Flächentarif unter Beteiligung der Spitzenfunktionäre untergraben, Privatisierungen mitgetragen und Arbeitsplatzvernichtung akzeptiert. Die Gewerkschaften sind weitgehend im Griff einer Bürokratie, die den Hauptamtlichenapparat und die Leitungsgremien dominiert und kein Interesse an wirklicher innergewerkschaftlicher Demokratie hat. Das Ergebnis sind sinkende Mitgliedszah-





Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...der Kampf gegen Rechts mit einem sozialistischen Programm geführt werden muss.“

Dorit Hollasky, ver.di-Vertrauensfrau und Anti-Pegida-Aktivistin in Dresden

len und eine Zunahme von Beschäftigtenorganisationen außerhalb des DGB, wie die Pilotenvereinigung Cockpit oder die Gewerkschaft der Lokführer GDL.

Die SAV ist der Meinung: Es gibt keine Alternative zu starken Gewerkschaften, um die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen und im Verteilungskampf gegen die Kapitalisten ein Maximum für die Beschäftigten heraus zu holen. Wir verstehen aber die vielen KollegInnen, die sagen „zum Verzicht brauche ich keine Gewerkschaft“ und voller Wut und Unzufriedenheit der Gewerkschaft den Rücken gekehrt haben oder sich aus der aktiven Mitarbeit zurück gezogen haben. Die Verantwortung hierfür liegt bei den überbezahlten Spitzenfunktionären, die keine Ahnung mehr davon haben, wie es sich mit sinkenden Reallöhnen und flexibilisierten Arbeitszeiten so lebt. Deshalb treten wir für einen radikalen Kurswechsel in den Gewerkschaften und für eine programmatische und personelle Erneuerung ein. Wir stehen für kämpferische und antikapitalistische Gewerkschaften, die ihre Aufgabe darin sehen, konsequent die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen. Um eine solche Veränderung in den Gewerkschaften zu erreichen, ist eine Vernetzung von unten und der Aufbau organisierter oppositioneller Gruppen in den Betrieben und Gewerkschaften genauso nötig, wie ein Wiederaufbau und eine Wiederbelebung der Gewerk-

schaften von unten. Deshalb unterstützen SAV-Mitglieder die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG), das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, die Daimler Koordination und andere ähnliche Projekte.

Marxistische Organisation nötig

Der Aufbau von Gewerkschaften und einer breiten Arbeiterpartei mit einem sozialistischen Programm sind wichtige und notwendige Schritte, um die Arbeiterbewegung wieder aufzubauen. Die SAV leistet dazu einen Beitrag. Denn nur wenn die Arbeiterklasse durch die Erfahrung in Kämpfen und durch Selbstorganisation wieder ein sozialistisches Klassenbewusstsein entwickelt, kann sie auch zur Trägerin einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft werden. In diesen Kämpfen und Versuchen Arbeiterorganisationen aufzubauen, werden sich viele politische Fragen über Programm, Taktik und Strategie stellen. Um diese korrekt zu beantworten und eine sozialistische Perspektive zu entwickeln ist der Aufbau einer marxistischen Organisation notwendig, die kollektiv die Erfahrungen der Arbeiterbewegung verarbeitet, daraus die richtigen Schlussfolgerungen zieht und die sozialistische Zielsetzung nicht aus den Augen verliert. Um angesichts des kapitalistischen Weltmarkts und der Globalisierung eine Lösung entwickeln zu können, ist eine internationalistische Perspektive

und eine internationale Organisation notwendig. Deshalb ist die SAV Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (englische Abkürzung CWI), einer weltweiten marxistischen Organisation mit Sektionen in über 40 Ländern auf allen Kontinenten.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts, aber auch die Erfahrungen der Massenbewegungen und Aufstände in Lateinamerika und der Arabischen Revolution am Beginn des 21. Jahrhunderts zeigen, dass die Arbeiterklasse zwar spontan in der Lage ist, Regierungen zu stürzen und Revolutionen zu beginnen. Ohne eine bewusste marxistische Führung und eine in den Betrieben und Nachbarschaften verankerte marxistische Organisation, werden diese Aufstände und Revolutionen aber nicht gesichert werden können und zu einer tatsächlichen Überwindung des Kapitalismus führen. Historisch war die einzige Ausnahme die Russische Revolution 1917, in der die demokratisch gewählten Arbeiter- und Soldatenräte die Macht ergreifen konnten, weil an ihrer Spitze mit den Bolschewiki eine erfahrene und gut organisierte Partei stand, die die Kräfte in einer erfolgreichen Strategie und Taktik bündeln konnte. In unzähligen anderen Fällen - von der deutschen Revolution 1918/19 bis zur nicaraguanschen Revolution 1979 und den Aufständen in Tunesien und Ägypten 2011 - scheiterten Massenaufstände und revolutionäre Situationen an dem Fehlen einer solchen marxistischen Organisation. Deshalb ist es das Ziel der SAV und des CWI, starke marxistische Massenorganisationen aufzubauen, die in der Lage sein werden Geburtshelferinnen der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft und der Machteroberung durch die arbeitende Bevölkerung zu sein.

SAV und CWI

Die SAV ist eine aktive und kämpferische Organisation. Mit unserer Monatszeitung „Solidarität - Sozialistische Zeitung“, unserer Webseite, unserem vierteljährlich erscheinenden Magazin sozialismus.info und mit Büchern, Broschüren, Flugblättern, Veranstaltungen und Plakaten verbreiten wir sozialistische Ideen. Wir beteiligen uns aber auch aktiv am Aufbau der Arbeiterbewegung, in LINKE, Linksjugend [‘solid] und Gewerkschaften, von Jugendprotesten, am antifaschistischen Widerstand und an sozialen Bewegungen wie der Umweltbewegung, Blockupy und anderen.

Trotz der Tatsache, dass wir noch eine relativ kleine Organisation sind, können wir auf viele wichtige und erfolgreiche Kampagnen und Aktivitäten zurück blicken.

Im Jahr 2003 hat die SAV die Initiative zur Bildung von „Jugend gegen Krieg“-Gruppen in ganz Deutschland ergriffen. Diese haben nach Beginn des Kriegs gegen den Irak Schülerstreiks organisiert, an denen sich über 200.000 Schülerinnen und Schüler beteiligt haben. Die SAV hat in diesen JgK-Gruppen erreicht, dass nicht nur der Angriff der USA-geführten Allianz gegen den Irak verurteilt wurde, sondern auch die imperialistische Außenpolitik Deutschlands kritisiert und der Abzug deutscher Soldaten aus dem Ausland gefordert wurde.

Im Sommer 2003 ergriff die SAV die Initiative zu einer bundesweiten Aktionskonferenz mit dem Ziel eine Großdemonstration gegen die von der Schröder-Regierung beschlossene Agenda 2010 durchzuführen. Trotz eines Boykotts der Gewerkschaftsführungen nahmen am 1. No-

vember 2003 100.000 Menschen, darunter viele BasisgewerkschafterInnen, an dieser Demonstration teil, die der Auftakt von vielen Streiks und Massendemos gegen Agenda 2010 und Hartz IV war.

Im Jahr 2008 ergriffen SAV-Mitglieder die Initiative für bundesweite Schülerstreiks für kleinere Klassen, mehr LehrerInnen und gegen das Turboabitur. Das war eine Initialzündung für die später entstehende Bildungstreik-Bewegung.

Wir waren von Anfang an (2004) Teil der WASG, weil wir die Idee einer breiten und kämpferischen politischen Interessenvertretung für Lohnabhängige und Erwerbslose unterstützten. Die SAV hatte schon seit einigen Jahren die Idee einer neuen Arbeiterpartei verbreitet. In der WASG sind wir für eine kämpferische Praxis, demokratische Strukturen und eine sozialistische Politik eingetreten. Wir haben die Fusion mit der PDS zur Partei DIE LINKE nicht unterstützt, weil damit eine politische Anpassung der WASG an die damalige Regierungspolitik der PDS im Berliner Senat vollzogen wurde. In Berlin war die SAV ein maßgeblicher Bestandteil

des WASG-Landesverbandes, der im September 2006 eigenständig zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen kandidierte und 50.000 Stimmen erzielte. Spitzenkandidatin der WASG war das SAV-Mitglied Lucy Redler.

SAV-Mitglieder sind trotz unserer inhaltlichen Kritik in der Partei DIE LINKE aktiv und setzen sich dafür ein, dass die Partei aktive Kampagnen in Stadtteilen, auf der Straße und in Betrieben führt und argumentieren für eine sozialistische Politik der LINKEN. Wir sind Teil der Antikapitalistischen Linken (AKL) und im Jugendverband des Bundesarbeitskreises Revolutionäre Linke, wo wir gemeinsam mit anderen AktivistInnen für eine revolutionär-sozialistische Ausrichtung von Linksjugend [‘solid] eintreten.

Die SAV setzt ihren Schwerpunkt auf außerparlamentarische Aktivitäten, denn wir wissen, dass die Gesellschaft nicht durch die Parlamente, sondern durch Bewegungen in den Betrieben und auf der Straße verändert wird. Aber wir beteiligen uns im Rahmen der Partei DIE LINKE an Wahlen, um eine Alternative





Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...wir die Welt nicht durch Parlamentsbeschlüsse, sondern nur durch Aktivitäten und Organisation in den Stadtteilen und Betrieben verändern können.“

Claus Ludwig, Mitglied im Landesrat DIE LINKE NRW und ehemaliger Stadtrat in Köln

zum Einheitsbrei der bürgerlichen Parteien anzubieten und sozialistische Ideen zu verbreiten. In den letzten Jahren waren bzw. sind SAV-Mitglieder in verschiedenen Städten Abgeordnete in Kommunalparlamenten, so in Rostock, Köln, Aachen, Berlin, Bremerhaven und Kassel. Die SAV-Mitglieder in Kommunalparlamenten nehmen keine mit ihren Mandaten in Verbindung stehenden Privilegien an. Alles Geld (Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen etc.), was über die mit dem Mandat entstehenden Kosten hinaus geht, wird in die politische Arbeit gesteckt.

Die SAV ist an unzähligen lokalen Kampagnen und Kämpfen beteiligt. In Kassel und Dresden haben unsere Mitglieder eine wichtige Rolle bei der Verhinderung von Privatisierungen von Krankenhäusern gespielt.

In Köln waren SAV-Mitglieder an vorderster Front aktiv beim Kampf gegen Zwangsräumungen. In Stuttgart sind wir Teil der Bewegung gegen Stuttgart 21 und in Mieterinitiativen aktiv. In Rostock erreichten wir die Einführung eines Sozialtickets für Hartz IV-EmpfängerInnen im öffentlichen Nahverkehr. In Hamburg haben SAV-Mitglieder die Initiative für den ersten Schülerstreik in Solidarität mit Flüchtlingen ergriffen, der mit über 5000 TeilnehmerInnen im Dezember 2013 stattfand. In Dortmund sind wir wichtiger Bestandteil des antifaschistischen Widerstands gegen die dortige Nazi-Szene und haben verschiedene Blockadeaktionen gegen Nazi-Aufmärsche mitorganisiert. In Bremen haben SAV-Mitglieder eine wichtige Rolle bei der Großdemonstration gegen die AfD im Jahr 2015 gespielt. In Berlin haben SAV-

Mitglieder an der Charité einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau einer kämpferischen Betriebsgruppe und den Erfolgen bei den Streiks 2011 und 2015 geleistet.

SAV-Mitglieder sind in Betrieben und Gewerkschaften aktiv und setzen sich für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di und unterstützen die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG) und die Daimler Koordination.

Wir beteiligen uns an breiten Bündnissen zum Aufbau von Widerstand und sozialen Bewegungen - Mietervereinen, antirassistischen Bündnissen, Aktionsgruppen gegen Prestigeprojekte und ähnliches. In solchen Gruppen setzen wir uns für demokratische und offene Strukturen ein. Die SAV ist für eine größtmögliche Aktionseinheit und Zusammenarbeit linker und gewerkschaftlicher Kräfte. So sind SAV-Mitglieder zum Beispiel aktiv in der Antirassistischen Offensive Aachen, dem Bündnis „Köln gegen Rechts“, der Berliner „No BärGida“-Kampagne, dem Bündnis „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ u.v.m.

Als InternationalistInnen organisieren wir Solidarität mit GewerkschafterInnen und SozialistInnen in vielen Ländern und setzen uns für eine internationale Koordinierung von Kämpfen und Kampagnen ein. Wir beteiligen uns an den europäischen Blockupy-Protesten und Mobilisierungen gegen die Institutionen der Herrschenden, wie G7 und anderen.

Die Ortsgruppen der SAV organisieren auch die Bildungsarbeit über politische Referate und Diskussionen auf den wöchentlichen Sitzun-



gen und zusätzlich stattfindende Schulungstreffen und Seminare. Zusätzlich werden regelmäßig bundesweite Seminare organisiert. Das ist uns besonders wichtig, denn nur eine politisch gebildete Mitgliedschaft kann ein demokratisches Funktionieren einer Organisation gewährleisten. Und nur politisch geschulte AktivistInnen werden in Kämpfen und Bewegungen die richtigen Initiativen ergreifen können.

Die SAV ist eine aktive und demokratische Organisation. Unsere Ortsgruppen treffen sich auf wöchentlicher Basis und diskutieren und entscheiden die Aktivitäten vor Ort. Alle Mitglieder in Ortsgruppen-, Stadt oder Bundesvorständen sind jederzeit wähl- und abwählbar und der Basis gegenüber rechenschaftspflichtig. Hauptamtliche MitarbeiterInnen der SAV und Abgeordnete dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn und keine Privilegien annehmen.



Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...Sozialismus nur demokratisch geht und die SAV für demokratische Prinzipien in der Arbeiterbewegung kämpft.“

René Henze, Linksoptioneller in der DDR und ehemaliger Stadtverordneter in Rostock

Ohne Geld ist politische Aktivität und der Aufbau einer Organisation nicht denkbar. Die SAV legt großen Wert auf einen ernsthaften und demokratischen Umgang mit ihren Finanzen. Wir erhalten keine Spenden von reichen Gönnern und begeben uns nicht in eine Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen, sondern finanzieren uns durch Beiträge und Spenden durch unsere Mitglieder und UnterstützerInnen und durch den Verkauf von politischem Material. Jeder Cent fließt in die politische Arbeit und die Verwendung wird demokratisch diskutiert und entschieden.

Mindestens alle zwei Jahre findet eine Bundeskonferenz statt, die die bundesweite Politik und Aktivitäten diskutiert und entscheidet und einen Bundesvorstand wählt.

Und es gilt: Demokratisch gefällte Beschlüsse werden gemeinsam umgesetzt. So wie bei einem Streik Mehrheitsentscheidungen für die KollegInnen bindend sind, sind auch in der SAV Mehrheitsentscheidungen für die politischen Aktivitäten aller Mitglieder und Ortsgruppen bindend. Dies ermöglicht es auch eine gemeinsame Bilanz solcher Entscheidungen zu ziehen und





Ich bin aktiv in der SAV, weil

„...es Sozialismus nur international geben kann und das Komitee für eine Arbeiterinternationale weltweit dafür kämpft.“

Abbas Gadir, ehemaliger Betriebsrat im Einzelhandel und aktiv in der LINKEN Berlin-Neukölln

gegebenenfalls Fehler zu korrigieren.

Eine Internationale aufbauen

Als Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI) entsendet die SAV auch Delegierte zu den regelmäßig stattfindenden Weltkongressen und hat VertreterInnen im Internationalen Exekutivkomitee des CWI. Das CWI versteht sich als eine internationale sozialistische Organisation, hat demokratisch gewählte Strukturen und es gibt einen regen Austausch zwischen den verschiedenen nationalen Sektionen und zum Internationalen Büro in London.

Die größte Sektion des CWI gibt es in England und Wales. Hier war das CWI in den 70er und 80er Jahren

als Militant-Strömung innerhalb der Labour Party bekannt, als diese noch eine aktive Massenbasis in der britischen Arbeiterklasse hatte. Von 1983 bis 1987 führten Militant-Mitglieder die Labour Party in Liverpool, die dort eine Mehrheit im Stadtrat erzielte. Dort setzten sie eine sozialistische Kommunalpolitik um, die sich den Kürzungsvorgaben der Zentralregierung widersetzte und eine Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchsetzte. Es wurden Wohnungen gebaut, die Arbeitszeit für die städtischen Beschäftigten reduziert, neue Arbeitsplätze geschaffen und die Schulen besser ausgestattet. Dies, obwohl die finanzielle Situation der Stadt eigentlich keine Verbesserungen dieser Art zugelassen hätte. Die sozialistische Mehrheit im Stadtrat handelte aber nach dem Prinzip

"Besser das Gesetz brechen, als den Armen das Rückgrat" (*better to break the law than the poor*) und beschloss formell illegale, unausgeglichene Haushalte und mobilisierte die Arbeiterklasse der Stadt im Kampf, diese Gelder von der Zentralregierung zu erhalten. Es gab mehrere Massendemonstrationen und einen Generalstreik zur Unterstützung dieser Politik. Der sozialistische Stadtrat konnte von der damaligen Premierministerin Thatcher nur durch eine Amtsenthebung gestoppt werden.

Zu Beginn der 90er Jahre führte Militant in Großbritannien die Kampagne gegen die ungerechte Poll Tax (kommunale Kopfsteuer). Am Zahlungsboykott beteiligten sich bis zu 18 Millionen Menschen. Heute heißt die Militant-Strömung *Socialist Party* und hat unter anderem eine starke Verankerung in den Gewerkschaften mit vielen SP-Mitgliedern, die in nationale Gewerkschaftsvorstände gewählt wurden und beteiligt sich an der *Trade Unionist and Socialist Coalition (TUSC)*.

In den USA wurde das CWI-Mitglied Kshama Sawant in Seattle im Jahr 2014 zur ersten sozialistischen Stadträtin seit vielen Jahrzehnten gewählt und im November 2015 wieder gewählt. Die US-Schwesterorganisation der SAV konnte eine erfolgreiche Kampagne für einen Mindestlohn von 15 Dollar in Seattle anstoßen und ist die zur Zeit am schnellsten wachsende sozialistische Organisation in den USA.

In Irland sind drei Mitglieder der Socialist Party Abgeordnete im nationalen Parlament. Die SP unterstützt die Anti Austerity Alliance (AAA), die einen erfolgreichen Zahlboykott gegen die Einführung von Wassergebühren organisiert. 57



Prozent der irischen Haushalte hatten 2015 die erste Rechnung für Wassergebühren nicht gezahlt.

In Sri Lanka steht die *United Socialist Party* an der Spitze des Kampfes gegen die rassistische Diskriminierung der tamilischen und muslimischen Bevölkerungsteile und gegen den Bürgerkrieg. Sie hat die internationale „Tamil Solidarity“-Kampagne gestartet.

In Brasilien hat sich *Socialismo Revolucionario* an der erfolgreichen Gründung der neuen sozialistischen Kraft, Partei für Sozialismus und Freiheit (P-SoL) beteiligt und baut diese zusammen mit anderen Kräften auf.

In Griechenland hat sich Xekinima, die dortige CWI-Sektion, in den letzten Jahren für ein sozialistisches Programm gegen die von Brüssel und Berlin aufgezwungenen Kürzungsprogramme eingesetzt. Nach der Kapitulation der Syriza-Führung und ihrer Beteiligung an Austeritäts-



maßnahmen hat Xekinima mit anderen linken Kräften zusammen die Initiative für den Aufbau einer neuen sozialistischen Linken ergriffen.

Es gibt viele weitere Beispiele für die praktische Arbeit der CWI-Sektionen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Ob die Kampagne gegen Wahlbetrug in Nigeria, die Unterstützung der Bergarbeiter-

streiks in Südafrika oder der Kampf für die Rechte der PalästinenserInnen in Israel und Palästina. Gleichzeitig betreibt das CWI mit der Webseite www.socialistworld.net eine attraktive und lebendige internationale sozialistische Webseite mit täglichen Berichten und Analysen aus der ganzen Welt. Das CWI ist eine Weltorganisation für den internationalen Sozialismus.

Mitmachen - wie und was?

Wenn Dir die in dieser Broschüre dargestellten Ideen gefallen, solltest Du nicht zögern und Dich der SAV anschließen. Mitglied werden kann jeder und jede, der/die unser Programm aktiv unterstützt und einen monatlichen Mitgliedsbeitrag bezahlt. Es gibt sicher auch für Dich

eine oder mehrere Möglichkeiten der Aktivität: in der LINKEN oder Linksjugend ['solid], in der Gewerkschaft, bei antirassistischen Aktivitäten, auf Demonstrationen, durch die Verbreitung von Flugblättern, der Zeitung und des Magazins der SAV, durch das Schreiben von Arti-

keln oder der Organisierung von Protestaktionen vor Ort. Wenn Du in einer der 13 Städten mit einer SAV-Ortsgruppe lebst, kannst Du Dich dieser anschließen. Wenn nicht, helfen wir Dir dabei, eine SAV-Gruppe in deiner Stadt ins Leben zu rufen.



Was will die SAV?

Kapitalismus bedeutet Krise, Kriege, Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Diskriminierung. Dagegen muss massenhafter Widerstand organisiert werden. Dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE, den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Wir treten für eine kämpferische LINKE mit sozialistischem Programm und für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein.

Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden. Das hat nichts mit den stalinistischen

Diktaturen zu tun, die in der DDR oder der Sowjetunion existierten.

Die SAV ist Teil der weltweiten sozialistischen Organisation Komitee für eine Arbeiterinternationale. Ziel ist der weltweite Aufbau sozialistischer Massenorganisationen, die dafür sorgen können, den Kapitalismus durch Massenbewegungen zu stürzen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen.

Arbeit, Bildung und Soziales

- Weg mit Agenda 2010 und Hartz I bis IV
- Soziale Mindestsicherung und Mindestrente von 750 Euro plus Warmmiete – ohne Bedürftigkeitsprüfung und Schikanen
- Nein zur Rente ab 67 – Renteneinstiegssalter auf 60 senken!
- Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung von sinnvollen Arbeitsplätzen für alle – 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Öffentliche Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit und Umwelt, finanziert durch die Profite der Banken und Konzerne
- Für ein öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen ohne Zuzahlungen und Gebühren
- Für eine Milliardenabschaffung von 25 Prozent und eine zehnprozentige Millionärssteuer und eine drastische Besteuerung von Unternehmensgewinnen
- Nein zu Privatisierungen, Rückführung privatisierter Bereiche in öffentliches Eigentum

Umwelt, Krieg, Rassismus, demokratische Rechte

- Sofortige Abschaltung aller AKWs
- Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien
- Stopp von Rüstungsexporten
- Schluss mit imperialistischen Kriegen und Besatzung; Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Nein zur Festung Europa: Frontex abschaffen, Grenzzäune an den Außengrenzen einreißen, Aufhebung des „Sichere Herkunftsländer“-Status
- Für sichere und legale Einreisemöglichkeiten für AsylbewerberInnen in die EU und nach Deutschland
- Herstellung eines wirklichen Asylrechts: Grundrecht auf Asyl, wenn Leib und Leben aufgrund von politischer und gewerkschaftlicher Betätigung, nationaler oder ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Geschlecht, Krieg, Umweltzerstörung und sozialer Not, durch staatliche und nichtstaatliche Verfolgung gefährdet sind
- Keine Abschiebungen - Bleiberecht für Alle
- Gleiche Rechte für Alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben – gegen jede Form von Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung
- Mobilisierungen und Blockaden gegen Aufmärsche von Nazis und Rechtspopulisten
- Rücknahme der diversen „Anti-Terror“-Gesetze
- Nein zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Frauen und Familie

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – deutliche Lohnerhöhungen in frauendominierten Berufszweigen
- Für eine kostenlose und ganztägige Kinderbetreuung vom ersten bis 13. Lebensjahr
- Weg mit den Abtreibungsparagrafen 218 und 219

DIE LINKE

- Für eine kämpferische und sozialistische LINKE
- Für eine Schwerpunktsetzung der Aktivitäten der Partei DIE LINKE auf Proteste und Widerstand auf der Straße, in Betrieben, Schulen, Hochschulen und Nachbarschaften – Parlamentsarbeit nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Unterstützung der Gegenwehr
- Keine Beteiligung der LINKEN an prokapitalistischen Regierungen mit den Sozialabbau-Parteien
- Für jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von FunktionsträgerInnen
- Hauptamtliche und MandatsträgerInnen dürfen nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Tariflohn

Gewerkschaften

- Für einen Bruch der Gewerkschaftsführungen mit SPD und Grünen – Nein zu Co-Management und Verzichtslöge – Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- Für jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von FunktionsträgerInnen
- Hauptamtliche dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Tarifarbeiterlohn
- Für den Aufbau von Zusammenschlüssen kämpferischer und kritischer GewerkschaftsaktivistInnen auf allen Ebenen der Gewerkschaften, angefangen an der Basis

Krise beenden – Kapitalismus abschaffen

- Nein zu ESM und Fiskalpakt
- Streichung der Schulden der Südländer und Verstaatlichung der Banken bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung
- Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaftskomitees und die arbeitende Bevölkerung
- Durchschnittlicher Tariflohn und jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit für alle Personen in Leitungsfunktionen
- Statt Konkurrenz und Produktion für den Profit – demokratische Kooperation und nachhaltige Planung entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne – für ein sozialistisches Europa der arbeitenden Bevölkerung
- Für sozialistische Demokratie weltweit